

Die Ernährungslage in Freiburg 1945-1947

Eine rein soziale Problematik oder auch ein deutsch-französisches Politikum?

Von Wolfgang Faßnacht

Wenn heutzutage das Stichwort "Ernährung" fällt, dann meist im Zusammenhang mit Ratschlägen zur sogenannten "richtigen" und "ausgewogenen" Ernährung. Wer heutzutage über Kalorien spricht, der erklärt im Regelfall seinem Gegenüber die neueste, die beste, die wirksamste Diät. Ebenso denkt man heutzutage über das "Körpergewicht" nur im Zusammenhang mit dem Wort "ideal" nach. Und immer wieder einmal wird vor dem Gebrauch von bestimmten "Schlankkeitspillen" gewarnt, die starke, in manchen Fällen tödliche Nebenwirkungen aufweisen. Diese Beispiele zeigen, wie weit wir uns von der Nachkriegszeit entfernt haben. Damals, vor gerade fünfzig Jahren, waren die Vokabeln "Mangelernährung" und "unzureichende Kalorienzahl" gebräuchlicher. Damals schätzte sich glücklich, wer ausreichend zu essen hatte.

Manch einer wird sich allerdings fragen, was zur Ernährungslage Freiburgs in den Nachkriegsjahren noch nicht geschrieben worden ist. Wer den 1992 erschienenen Band 3 der Stadtgeschichte Freiburgs¹, die Veröffentlichungen des Arbeitskreises Regionalgeschichte² oder die Dissertation von Werner Köhler über Freiburg im Breisgau 1945-1949 aus dem Jahre 1987³ kennt, der hegt vielleicht Zweifel an dem Sinn einer Neu- oder Weiterbearbeitung der Thematik.⁴ Ich möchte dem die Beschreibung eines Bildes entgegenhalten: Nach einer Phase der stiefmütterlichen Behandlung der Nachkriegszeit im allgemeinen und der französischen Besatzungszone im besonderen wird seit den 1980er Jahren intensiv über die Zu-

¹ HEIKO HAUMANN/ HANS SCHADEK (Hg.), Geschichte der Stadt Freiburg im Breisgau. Band 3: Von der badischen Herrschaft bis zur Gegenwart, Stuttgart 1992.

² Siehe v.a. THOMAS HELD/ REGINA RIEGGER/ URSULA ZERASCHI, Hunger und Hamsterwesen. Die Ernährungssituation Freiburgs 1945-1948. In: Arbeitskreis Regionalgeschichte Freiburg (Hg.): Alltagsnot und politischer Wiederaufbau. Zur Geschichte Freiburgs und Südbadens in den ersten Jahren nach dem 2. Weltkrieg. Freiburg i.Br. 1986, S.23-33.

³ WERNER KÖHLER, Freiburg im Breisgau 1945-1949. Politisches Leben und Erfahrungen in der Nachkriegszeit. (Diss.) Freiburg i.Br. 1987.

⁴ Siehe auch: KARL-HEINZ ROTHENBERGER, Die Hungerjahre nach dem Zweiten Weltkrieg. Ernährungs- und Landwirtschaft in Rheinland-Pfalz 1945-1950. Boppard a.Rh. 1980; DERS., Ernährungs- und Landwirtschaft in der Französischen Besatzungszone 1945-1950. In: Claus Scharf/ Hans-Jürgen Schröder (Hg.): Die Deutschlandpolitik Frankreichs und die Französische Zone 1945-1949. Wiesbaden 1983, S.185-203.

stände im deutschen Südwesten in der Zeitspanne von 1945 bis 1952 geforscht. So entstand nach und nach ein Bild, welches anfänglich mit eher düsteren Farben ausgemalt wurde. Ein Beispiel hierfür ist das bekannte Verdikt von Theodor Eschenburg, der die französische Besatzungszone als "Ausbeutungskolonie"⁵ der Franzosen bezeichnete. Spätere Arbeiten, zu denken ist hier an Rainer Hudemanns Untersuchung über die Sozialpolitik von 1988⁶, verwendeten dagegen bei der Beschreibung des französischen Vorgehens hellere und freundlichere Töne. Dieser Trend hat sich bis heute fast ungebrochen gehalten. Für weitere Arbeiten bleibt, noch nicht ausgemalte Flecken zu entdecken und mit Farbnuancen zu versehen, die im Endeffekt vielleicht irgendwo zwischen düster und hell liegen. Auf diese Weise erhält im günstigsten Fall auch das Gesamtbild eine Komposition, die dem Betrachter neue Einsichten vermittelt. Diese Aufgabe wird von mir im folgenden für einen kleinen, eng umgrenzten Bereich angegangen. Ich möchte die Ernährungslage in Freiburg 1945 bis 1947 unter den beiden Gesichtspunkten untersuchen, die im Untertitel des Aufsatzes anklingen: Den Gesichtspunkt der sozialen Problematik und den des sich daraus entwickelnden deutsch-französischen Politikums.

Am 21. April 1945 marschierten französische Truppen in Freiburg ein. Bis kurz vor diesen Zeitpunkt hatte das Bewirtschaftungssystem in der Landwirtschaft, in das das Rationierungssystem für die Verbraucher griff, recht gut funktioniert, so dass eine einigermaßen ausreichende Lebensmittel-Grundversorgung der Bevölkerung gesichert war. Noch im März 1945 waren in Freiburg für Normalverbraucher Lebensmittel mit dem Nährwert von 1759 Kalorien pro Tag ausgegeben worden.⁷ In den folgenden Monaten verschlechterte sich die Situation dramatisch, wofür im wesentlichen drei Faktoren verantwortlich gemacht werden können:

1. Weder die Aufgabe der gerechten Verteilung der Nahrungsmittel konnte erfüllt werden, noch erreichten die Landwirtschaftsämter bei der Erfassung und Einziehung der Ernte die frühere Effektivität des Reichsnährstandes. Die gerechte Verteilung konnte u.a. deshalb nicht durchgeführt werden, weil die französische Besatzungsmacht zumindest anfänglich den Aufbau zentraler, zonenweiter Stellen unterband. Erst am 15. Februar 1946 wurde der "Zentralausschuß für Ernährung in der Französischen Zone" mit Dienstsitz in Baden-Baden geschaffen. Auch das Bewirtschaftungssystem funktionierte nicht reibungslos. Zwar musste jeder Landwirt die gesamte Ernte, abzüglich eines großzügig berechneten Eigenversorgungsanteils und des benötigten Saatguts, abliefern, aber die ländlichen Kreise in der Umgegend von

⁵ THEODOR ESCHENBURG, Jahre der Besatzung 1945-49. Stuttgart/Wiesbaden 1983, S.96.

⁶ RAINER HUDEMANN, Sozialpolitik im deutschen Südwesten zwischen Tradition und Neuordnung 1945-1953. Sozialversicherung und Kriegspopferversorgung im Rahmen französischer Besatzungspolitik. Mainz 1988.

⁷ HELD/ RIEGGER/ ZERASCHI (wie Anm. 2), S.23.

Freiburg erfüllten ihr Ablieferungssoll bei weitem nicht, auch dann noch nicht, als ausreichend Transportmittel zur Verfügung standen. Viele Bauern verhinderten in einer Art kollektiver Abwehr der Besatzungsmacht die korrekte und vollständige Erfassung ihrer Erträge erfolgreich, um auf dem Schwarzmarkt Handel treiben zu können. Neben persönlicher Gewinnsucht, die sicherlich in manchen Fällen vorherrschte, war dies für die Landwirte absolut unumgänglich, um an Dinge wie Schuhwerk, Kleidung und Arbeitsgerät heranzukommen, die auf normalem, d.h. legalem Wege nicht erhältlich waren.

2. Die Zerschlagung aller überregionalen Verbindungen durch die Besatzungsmacht. Schon vor dem Kriege war Südbaden als Ganzes und Freiburg als größere Stadt besonders auf die Einfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse angewiesen. Südbaden mit seinem Schwerpunkt auf agrarischen Sonderkulturen wies eine deutliche Unterversorgung an Getreide, Kartoffeln, Zucker und Fleisch, aber auch Saatgut und Handelsdünger auf, was durch Lieferungen aus Norddeutschland, Brandenburg, Pommern, Schlesien, Ungarn, Rumänien, Bulgarien und anderen Gebieten ausgeglichen wurde. Diese Möglichkeit des Ausgleiches war durch den weitgehenden Wegfall des Außenhandels, durch die Aufteilung in Besatzungszonen und durch die von den Franzosen und den Sowjetrussen obstruierte Umsetzung der Potsdamer Beschlüsse, wonach Deutschland als wirtschaftliche Einheit zu behandeln sei, nicht mehr gegeben. Hinzu kam, dass ein Großteil der noch vorhandenen Transportmittel für die Zwecke des französischen Militärs beschlagnahmt war. Auch waren durch die Umstände, die sechs Jahre Krieg mit sich gebracht hatten, keine guten Ernteergebnisse zu erwarten.

3. Die Versorgung der französischen Truppen aus der Besatzungszone. Im Mai 1945 bedeutete dies die einen friedensmäßigen Standard erreichende Ernährung von über einer Million Personen, im Dezember 1945 immerhin noch von ca. 350 000.⁸ Zu diesem "friedensmäßigen Standard" gehörte u.a. ein halber Liter Wein pro Tag und Mann, in den ersten Wochen der Besatzung sogar ein ganzer Liter. Auch die Anforderung von 300 Gramm Fleisch pro Tag und Kopf⁹ bedeutete eine Versorgung auf Kosten der deutschen Bevölkerung. So wurde im Stadt- und Landkreis Freiburg im Jahre 1945 zwischen dem 8. und dem 21. Juli 76,5% des geschlachteten Viehs den französischen Truppen zugeteilt, nur 23,5% der ungleich größeren Zivilbevölkerung.¹⁰ An dieser Stelle muss allerdings daran erinnert werden, dass die Ernährungslage in Frankreich selbst nicht gut war und dort auch Hunger herrschte. So konnten die französischen Truppen, die in Deutschland stationiert waren, nicht wie die amerikanischen vom Heimatland aus versorgt werden. Zudem ist die Entnahme

⁸ HELD/ RIEGGER/ ZERASCHI (wie Anm. 2), S.27.

⁹ ROTHENBERGER 1980 (wie Anm. 4), S.201.

¹⁰ Universitätsarchiv Freiburg (UAF) B 1/4417. Denkschrift vom 25. August 1945, Anlage 8.

von Lebensmitteln für eine Besatzungsarmee nach Art. 52 der Haager Landkriegsordnung von 1907 als rechtens anzusehen. Ob die vorgenommene Versorgung der Familienangehörigen der Militärs darunter fällt, ist zumindest umstritten, mit der Verschickung französischer Kinder in den Schwarzwald, um dort aufgepäpelt zu werden, wurde jedenfalls ganz deutlich der Boden der Legalität verlassen.

Aufgrund der genannten Faktoren verschlechterte sich die Ernährungslage in Freiburg dramatisch. In der 3. Zuteilungsperiode, die vom 23. Juli bis zum 19. August 1945 andauerte, standen den Normalverbrauchern nur 623 Kalorien pro Tag zur Verfügung.¹¹ Vor dem Zweiten Weltkrieg waren in Deutschland durchschnittlich Nahrungsmittel mit etwa 3000 Kalorien pro Tag von den Erwachsenen verzehrt worden. Zu der eklatanten Mangel- trat eine Fehlernährung, da die zugeteilten Lebensmittel zum größten Teil Kohlenhydrate, aber nur wenig Fett und Proteine enthielten, von Vitaminen, auf deren Zufuhr man heute so genau achtet, ganz zu schweigen. Der Mangel konnte, v.a. im Sommer und Herbst, zu einem gewissen Teil über die sogenannten Hamsterfahrten ausgeglichen werden. Die städtischen Bewohner traten oft weite und strapaziöse Reisen in das Umland an, um Obst und Gemüse zu erbetteln, einzutauschen oder auch zu "fringsen", wie der Mundraub nach seiner Legitimierung in der Silvesterpredigt des Kölner Erzbischofs Frings von 1946 bald heißen sollte. Aber viele alte Menschen, Kranke und Schwache konnten solche Hamsterfahrten nicht antreten. Der Eigenanbau von Obst und Gemüse sowie die Kleintierhaltung - erinnert sei an die oft zitierte "Speichergeiß" - wurde von allen betrieben, die die Möglichkeit dazu hatten, d.h. denen ausreichend Wohnraum bzw. ein Stück Gartenland zur Verfügung stand. Der Zugang zum Schwarzmarkt war ebenfalls sehr ungleich verteilt:¹² Ausgebombte, Kriegsheimkehrer, Flüchtlinge und Vertriebene besaßen häufig keine Wertgegenstände mehr, mit denen sie dort etwas hätten ergattern können. Eine Erleichterung, an die hier unbedingt erinnert werden muss, brachten die Spenden aus dem Ausland, die schon im Jahre 1945 einsetzten. Den Anfang machte der Vatikan, Irland und die Schweiz. So wurden Kinderaufenthalte in der Schweiz organisiert, und als die Universität Freiburg ihren Betrieb wieder aufgenommen hatte, entstand auch für Studenten die äußerst begehrte Möglichkeit, ein Semester lang in Basel leben, studieren und vor allem ausreichend essen zu dürfen.

Die aufgezählten Erleichterungen können nicht über das desolote Gesamtbild hinwegtäuschen. Es war abzusehen, dass eine so unzureichende Versorgung mit Lebensmitteln bald, spätestens im Winter, zu einer Katastrophe führen würde. Die Macht, die Möglichkeit, die Verhältnisse zu ändern, hatte nur die französische Mili-

¹¹ Ebd., Anlage 1.

¹² Siehe allgemein WILLI A. BOELCKE, *Der Schwarzmarkt 1945-1948. Vom Überleben nach dem Krieg*. Braunschweig 1986.

tärregierung. Folglich musste sie dazu bewegt werden, vermehrte Anstrengungen zu unternehmen. Wer aber konnte zu einer solchen Bewegung auffordern, wer besaß, wenn schon nicht die politische, so doch vielleicht die moralische Macht, hier erfolgreich anzusetzen? Es kamen im Sommer 1945 in Freiburg nur drei Seiten dafür in Frage: Die Stadtverwaltung unter ihrem Oberbürgermeister Keller, die katholische Kirche, die in Freiburg von Erzbischof Gröber repräsentiert wurde und schließlich die in ihrem Wiederaufbau begriffene Universität in Gestalt derjenigen Professoren, die in der Nachkriegszeit einen guten Namen besaßen, also z.B. des Nationalökonom Constantin von Dietze. Genau diese Stellen versuchten dann auch im August 1945, die Militärregierung von der Notwendigkeit zu überzeugen, die Ernährungslage in Freiburg deutlich zu verbessern. Zu einem gemeinsamen Schritt ist es aber nie gekommen, es sind zwei verschiedene Denkschriften entstanden, die getrennt voneinander an die französische Militärregierung gesandt wurden.

Die eine Schrift, sie datiert vom 25. August 1945, wurde von der Rechts- und Staatswissenschaftlichen sowie der Medizinischen Fakultät der Universität verfasst, im Senat am 27. August verabschiedet und am 3. September dem Gouvernement de Bade vorgelegt.¹³ Sie befasst sich auf fünf Textseiten recht nüchtern mit der Ernährungslage der Stadt, stellt anfänglich die katastrophale Situation dar und richtet dann an die Militärregierung die dringende Bitte, alles zu tun, was für eine Versorgung der Zivilbevölkerung mit Lebensmitteln und anderen notwendigen Bedürfnisgegenständen erforderlich ist. Einschränkend wird hinzugefügt, dass es den Verfassern bewusst sei, in welchem Umfange Frankreich selbst unter den Verheerungen der Besatzungszeit leidet. Als notwendige Einzelmaßnahmen auf dem Ernährungssektor werden genannt: Die Einschränkung der Requisitionen von Lebensmitteln, die rasche Inangasetzung des Verkehrs, die Freigabe einer größeren Anzahl von Gaststätten zur Versorgung derjenigen Ausgebombten, Vertriebenen und Flüchtlingen, die keinen Haushalt und keine Kochgelegenheit besaßen, schließlich die Förderung des Tauschhandels zwecks Zuführung von Lebensmitteln aus anderen Gebieten gegen Lieferung von industriellen Erzeugnissen.¹⁴ Gedacht wurde hierbei hauptsächlich an Tabak- und Holzwaren, Bürsten und Nähgarn, Aluminium- und Walzprodukte, Chemikalien und Pharmazeutika. Allerdings muss aus heutiger Sicht gesagt werden, dass gerade bei den Industrieprodukten, die eine reelle Exportchance besaßen, die Entnahmen im Zuge der französischen Reparationen besonders hoch waren. Abschließend wurde gefordert, dass alle Dienststellen der französischen Militärregierung und der deutschen Zivilverwaltung auf das engste zusammenarbeiten sollten, um sämtliche die Ernährungspolitik berührenden Maßnahmen im Sinne

¹³ UAF B 1/4417. Denkschrift vom 25. August 1945.

¹⁴ Ebd., S.4. Siehe auch UAF B 1/4417. Denkschrift vom 8. Oktober 1945, Anlage 5.

der aufgeführten Grundlinien abzustimmen. Die Forderung zur Einschränkung der Requisitionen wurde mit einem besonders krassen Beispiel unterstützt:

"Weitaus die schwerwiegende Gefahr für die Ernährung der Bevölkerung ist gegenwärtig in den tiefgreifenden Requisitionen für den Bedarf der Truppen zu sehen. Die Stärke der französischen Besatzung ist uns unbekannt. Sie dürfte, an der Gesamtzahl der deutschen Einwohnerschaft Freiburgs gemessen, nicht übermäßig groß sein. Geht man nicht vom Bedarf der Truppen, sondern von dem zahlenmäßigen Verhältnis zwischen Truppen und Bevölkerung aus, so stößt man auf einige Tatsachen und Ziffern, die ernster Beachtung wert sind. Diese Tatsachen und Ziffern sind uns von zuständiger Seite genannt und belegt worden. So wird z.B. nach bisheriger Schätzung die gesamte Ernte von Frühkartoffeln im Landkreis Freiburg 280.000 kg betragen. Die Besatzungstruppen haben hiervon 260.000 kg angefordert, so dass für die Freiburger nur 20.000 kg übrig bleiben."¹⁵

Dem Dokument sind acht Anlagen beigelegt, darunter ein Bericht des Arbeitsamtes Freiburg über den Arbeitseinsatz und die Ernährungslage, ein Gutachten der Medizinischen Fakultät zu den Hungerfolgen bei Erwachsenen und ein Gutachten von Professor Noeggerath, Leiter der Universitäts-Kinderklinik, über die Ernährungssituation der Freiburger Kinder. Eine Anlage macht deutlich, dass die Großstädte, die in der britischen und der amerikanischen Zone lagen - aufgeführt sind Bremen und München - im August 1945 an der Kalorienzahl gemessen doppelt bis dreifach so gut versorgt wurden wie Freiburg.¹⁶ Die Denkschrift der Universität vom 25. August 1945 schließt mit der eindringlichen Bitte, "unsere Anregung zu prüfen und uns gegebenenfalls mitzuteilen, in welcher Form ihr entsprochen werden könnte."¹⁷

Die zweite Denkschrift, zeitgleich mit der ersten entstanden, wurde im wesentlichen durch Botschaftsrat a.D. Clemens von Brentano entworfen, der als katholischer Vertreter der Handelskammer Mitglied im Beirat des Freiburger Oberbürgermeisters war.¹⁸ Unterzeichnet wurde sie von Erzbischof Gröber und Oberbürgermeister Keller, unterstützt von den Ministerialdirektoren Haußer und Bund als Mitgliedern der provisorischen Landesverwaltung. Das Dokument, vier Textseiten umfassend, äußert sich nicht nur über die Ernährungslage im speziellen, sondern auch allgemein über "juristische, politische und moralische Gesichtspunkte."¹⁹ Und genau deshalb wurde der ursprünglich intendierte gemeinsame Schritt mit der Universität nicht erreicht. Stein des Anstoßes für die Professorenschaft war folgende Passage:

¹⁵ UAF B 1/4417. Denkschrift vom 25. August 1945, S.3.

¹⁶ Ebd., Anlage 3.

¹⁷ Ebd., S.5.

¹⁸ Im Oktober 1945 übernahm von Brentano den Vorsitz im neugegründeten "Landesausschuß für Kriegsgefangene".

¹⁹ ErzBAF Nb 8/63. Schreiben von Brentanos an Gröber vom 25. August 1945.

"Die alliierten Regierungen haben auf Grund der bedingungslosen Kapitulation die Staatsgewalt übernommen und wir erklären hier nochmals feierlich, dass wir die alliierte Militärregierung vor unserem Gewissen als legitime Staatsgewalt ansehen, der wir Gehorsam und Ehrerbietung schulden."²⁰

Professor von Dietze legte die Ablehnung eines solchen Bekenntnisses in einem Schreiben an den Oberbürgermeister deutlich dar:

"Die Universität ... wäre durchaus bereit gewesen, eine anders abzufassende gemeinsame Schrift an die Militärregierung mit zu unterzeichnen.

...sie hat lediglich die Fassung der von Herrn v. Brentano entworfenen Protestschrift nicht für zweckmässig gehalten. Massgebend dafür war keineswegs in erster Linie oder gar ausschliesslich das darin enthaltende Bekenntnis, dass das nationalsozialistische Regime frevelhaft den Krieg entfesselt habe (wobei auch gar keine Meinungsverschiedenheit über diese Tatsache bestand, sondern nur über die Zweckmäßigkeit, sie an dieser Stelle zu betonen); viel wichtiger sei u.a. gewesen, dass in dieser Schrift ausgesprochen wird, wir sähen vor unserem Gewissen die Militärregierung als die legitime Regierung des Landes an, der wir Gehorsam und Ehrerbietung schulden."²¹

Dieser Meinungsverschiedenheit, bei der Erzbischof Gröber noch einen vergeblichen Schlichtungsversuch startete, lag der schwierige Komplex der rechtlichen Nachfolge des Dritten Reiches zugrunde.²² Es ging - kurz gefasst - um den Streitpunkt, ob das Deutsche Reich als Rechtspersönlichkeit fortbestand oder nicht. Falls das Reich als Mitglied der Völkerrechtsgemeinschaft noch existierte, was viele Professoren so sahen und heute herrschende Auffassung in der Staatsrechtslehre²³ sowie ständige Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts ist²⁴, hätten die Besatzungsmächte nach Gewohnheits- und Vertragsrecht keine unbegrenzten Befugnisse besessen. Nach dieser Auffassung waren die Alliierten lediglich "Treuhand" des handlungsunfähigen Reiches.

Was alle die eigentliche Ernährungsfrage betreffenden Punkte angeht, decken sich die Aussagen, Bitten und Forderungen der beiden Denkschriften. Deshalb ließ von Brentano neben dem Schreiben der Stadt der Militärregierung die Denkschrift der Universität als Zusatz übersenden. Der Militärregierung wurde dringendst gera-

²⁰ ErzBfAF Nb 8/63. Denkschrift vom 25. August 1945, S.3.

²¹ StadtAF C 5/18. Schreiben von Dietzes an den Oberbürgermeister vom 18. September 1945.

²² Zu dieser Problematik siehe u.a. WALTER SCHWENGLER, Das Ende des "Dritten Reiches" - auch das Ende des Deutschen Reiches? In: Hans-Erich Volkmann (Hg.): Ende des Dritten Reiches - Ende des Zweiten Weltkriegs. Eine perspektivische Rückschau. München 1995, S.173-199.

²³ Siehe INGO VON MÜNCH, Staatsrecht Bd.1. 5., Neubearb. Aufl. Stuttgart/ Berlin/ Köln 1993, S.16ff. (44-50).

²⁴ Zuletzt im Urteil zum Grundlagenvertrag. Siehe BVerfGE 36, 1, 15f.

ten, die schon dort aufgezeigten Maßnahmen zur Verbesserung der Ernährungslage zu ergreifen, da ansonsten viele negative Reaktionen eintreten könnten.

"Wir fühlen uns verpflichtet, auch auf die moralischen und politischen Folgen einer solchen Katastrophe hinzuweisen. Jetzt schon sind zahlreiche Teile der Bevölkerung, die den Nationalsozialismus verabscheut haben und die französische Armee als Befreierin begrüßt haben, auf das schwerste enttäuscht. Diejenigen aber, die etwa im Innern immer noch dem Nationalsozialismus nachtrauern, würden neue Antriebe erhalten. Ganz allgemein wird die gegenwärtige Lage zu einer gefährlichen Radikalisierung, ja Verzweiflung der Massen führen, die sich unter Umständen in Verzweiflungsakten auswirken wird. Dies sind keine Drohungen - nicht läge uns ferner - aber es ist die Pflicht jeder verantwortungsvollen Behörde, vorzusehen und einem drohenden Unheil rechtzeitig vorzubeugen."²⁵

Wie reagierte nun die französische Militärregierung auf die beiden Denkschriften? Sie nahm ganz offensichtlich sehr genau davon Kenntnis und zog auch Konsequenzen. Constantin von Dietze berichtet, für den 4. September 1945 auf 11 Uhr in den Sitz des Gouvernements de Bade geladen worden zu sein zwecks einer Besprechung über die im August gemachten Vorschläge.²⁶ Als Ergebnis dieses Gespräches beginnt eine zweite Denkschrift der Universität vom 8. Oktober 1945 mit den Worten: "Entsprechend dem Wunsche des Herrn General Schwartz legen wir eine neue Denkschrift über die Ernährungslage vor."²⁷ Weiter heißt es: "Seit dem Abschluß der Ausarbeitung vom 25. August 1945 sind mehrere dankenswerte Verbesserungen in der amtlichen Versorgung der deutschen Bevölkerung Oberbadens festzustellen."²⁸ Hatten die Normalverbraucher Freiburgs in der 3. Zuteilungsperiode vom 23. Juli bis zum 19. August 1945 noch knapp über 600 Kalorien täglich erhalten, so waren es in der 4. Zuteilungsperiode schon 794 und in der fünften immerhin 1047.²⁹ Der Sprung von der 3. zur 4. Periode war auf das größere Brotkontingent, der nochmalige Sprung zur fünften Zuteilungsperiode auf die wieder aufgenommene Belieferung mit Kartoffeln zurückzuführen. Die Militärregierung hatte also reagiert, und zwar eindeutig zum Wohle der Bevölkerung.

Die Verfasser der neuen Denkschrift zeigten sich auch dankbar dafür, dass durch die wesentliche Erleichterung der Passvorschriften, durch die Wiederzulassung des Postverkehrs und durch die Wiedereingangssetzung wichtiger Eisenbahnlinien die allgemeinen Voraussetzungen für die Versorgung mit Lebensmitteln wesentlich

²⁵ ErzBAF Nb 8/63. Denkschrift vom 25. August 1945, S.3.

²⁶ StadtAF C 5/18. Schreiben von Dietzes an den Oberbürgermeister vom 18. September 1945.

²⁷ UAF B 1/4417. Denkschrift vom 8. Oktober 1945, S.1.

²⁸ Ebd.

²⁹ Ebd., Anlage 1.

günstiger geworden sei. Trotz alledem wurde davor gewarnt, nun keine weiteren Anstrengungen mehr zu unternehmen. Eine Versorgung mit 1047 Kalorien pro Tag sei bei weitem nicht als ausreichende Ernährung anzusehen. Zur Verdeutlichung wurde an ein Gutachten der Medizinischen Fakultät aus dem September des Jahres erinnert, welches der Militärregierung ebenfalls vorlag. In diesem vom Dekan der Fakultät, Prof. Beringer, vom Leiter der Kinderklinik, Prof. Noeggerath, vom Ernährungsphysiologen Prof. Kapfhammer, vom Leiter der Medizinischen Klinik, Prof. Bergfeld, sowie vom Leiter des Gesundheitsamtes, Obermedizinalrat Dr. Pfunder, unterzeichneten Dokument wird die Hungerkatastrophe in aller Deutlichkeit vor Augen geführt. Abschließend heißt es dort: "Dies alles schon jetzt im Sommer. Die Zukunftsaussichten für den Winter ohne Heizung sind noch wesentlich schlechter. Alles zusammengenommen, also ein außerordentlich beklemmendes, trübes Bild."³⁰

Vergleichbares war von seiten der Stadt Freiburg zu vernehmen. Oberbürgermeister Dr. Wolfgang Hoffmann, der Nachfolger von Dr. Max Keller³¹, dankte Ende des Jahres 1945 dem General Schwartz schriftlich für die "erfreuliche Besserung in der Brotversorgung"³², forderte aber ebenso zu weiteren Anstrengungen auf. Er legte seinem Schreiben ein weiteres Gutachten der Medizinischen Fakultät vom Dezember 1945 und ein Sondergutachten von Prof. Noeggerath über die Situation der Jugendlichen aus demselben Monat bei. Dort urteilt Prof. Noeggerath: "In allen Altersgruppen muss von quantitativer Mangelernährung gesprochen werden; hierzu kommt vom 6. Lebensjahr ab noch eine qualitative Fehlernährung, die für die Jugendlichen vom 10. - 17. Jahr als katastrophal zu bezeichnen ist."³³ Im August 1945 seien noch 33% der untersuchten Jugendlichen normalgewichtig gewesen, im Dezember 1945 nur noch 18%. Habe es im August noch 21% Übergewichtige gegeben, so jetzt nur noch 2%. Als krankhaft untergewichtig zu bezeichnen seien jetzt 48% gegenüber 7% im August. Diese verschlechterte Situation ziehe viele negative Folgen nach sich. So sei es "uns schon lange nicht mehr möglich, alle diejenigen tuberkulösen Kinder, die wir entweder selbst aufnehmen oder in Heilstätten verbringen sollten, unterzubringen."³⁴

Oberbürgermeister Hoffmann, den die Sorge um die Bevölkerung der Stadt Freiburg offensichtlich keine Ruhe ließ, erneuerte seine Mahnungen an die Militärregierung am 4. Februar 1946.³⁵ Er beklagte sich darüber, dass in der neuen Zuteilungsperiode vom Februar 1946 die Kalorienmenge um etwa 200 Kalorien gesenkt worden und auf 1083 pro Tag für Normalverbraucher abgefallen war. Nach dieser gan-

³⁰ UAF B 1/4417. Denkschrift vom September 1945, S.8.

³¹ Hoffmann wurde am 8. November 1945 ernannt.

³² UAF B 1/4418. Schreiben von Hoffmann an Schwartz vom 31. Dezember 1945.

³³ UAF B 1/4418. Gutachten von Prof. Noeggerath vom Dezember 1945.

³⁴ Ebd.

³⁵ UAF B 1/4418. Schreiben von Hoffmann an Schwartz vom 4. Februar 1946.

zen Serie von Denkschriften, Gutachten und Appellen reagierte General Schwartz, der Chef der Militärregierung von Baden, nun auch auf schriftlichem Wege. Am 21. Februar 1946 bestätigte er dem Oberbürgermeister den Empfang seines Schreibens vom 4. des Monats und teilte ihm mit, "dass ich die darin gemachten verschiedenen Ausführungen mit lebhaftem Interesse gelesen habe."³⁶ Schwartz wies deutlich auf die Verbesserung der Brotversorgung in den letzten Monaten hin, weshalb die Vorräte des Landes Baden an Brotgetreide am 31. Januar erschöpft gewesen seien. Da zudem bei den angeforderten Mehllieferungen aus Nordamerika Verzögerungen aufgetreten seien, wäre eine kurzfristige Kürzung der Brotrationen unumgänglich gewesen. Was die Versorgung mit Kartoffeln beträfe, so sei eine unzureichende Belieferung der deutschen Bevölkerung nicht auf die Schuld der französischen Militärregierung zurückzuführen.

"Nur durch schlechte Organisation der Erfassung und die unzureichenden Abgaben konnte das vorgesehene Ergebnis nicht erreicht werden. Die Verantwortung hierfür fällt gänzlich dem Landesernährungsamt und den Landeswirtschaftsämtern zu, welche es nicht verstanden oder gewollt haben, die Erfassung in der erforderlichen Art durchzuführen.

...Was die Versorgung an Fett anbetrifft, ist jetzt erwiesen, dass die Rationen ohne Kürzung hätten verteilt werden können, wenn die Erfassung der Milcherzeugnisse in Baden auch nur 75% der wirklichen Erzeugung betragen hätte. Durch das Versagen des Landesernährungsamtes konnte dies nicht erreicht werden. Ich habe daher den Herrn Präsidenten der badischen Verwaltung ersucht, den Direktor des Landesernährungsamtes, Herrn Hofmann, zu entlassen."³⁷

In der gleichen Tonlage äußerte sich General Schwartz in einer Besprechung über die Ernährungslage in Freiburg mit Vertretern der Medizinischen Fakultät der Universität, des Gesundheitsamtes und der Stadtverwaltung, die am 1. März 1946 stattfand.³⁸ Hier wurde von französischer Seite deutlich gesagt, dass in der momentanen Gesundheitslage der Freiburger Bevölkerung kein katastrophaler Zustand erblickt werde. So seien weder Seuchen vorhanden noch erschienen die Kinder, v.a. diejenigen, die durch das Schweizer Rote Kreuz gespeist würden, besonders krank. Zwar sei die Versorgung nicht ideal, aber die Schuld dafür läge ganz allein bei der deutschen Seite, da die Ernährungsämter ihrer Aufgabe der Erfassung und Einziehung der Ernte nur sehr schlecht nachkämen.

Wie sind nun die bisher aufgeführten Streitpunkte sachlich zu bewerten? Die französische Militärregierung hatte sicherlich Recht mit der Annahme, dass nicht die gesamte Ernte erfasst wurde. Auf dem Lande wurde, im krassen Gegensatz zur

³⁶ UAF B 1/4418. Schreiben von Schwartz an Hoffmann vom 21. Februar 1946.

³⁷ Ebd.

³⁸ UAF B 1/4418. Notiz von Hoffmann über die Besprechung vom 1. März 1946.

Stadt Freiburg, nicht gehungert und es wurden viele illegale Geschäfte getätigt. Über den genauen Prozentsatz der tatsächlichen Ablieferung kann nur spekuliert werden, aber mit Sicherheit hätten auch 100% nicht zur ausreichenden Versorgung der gesamten badischen Bevölkerung gereicht. Baden war, wie bereits ausgeführt wurde, seit langem auf die Zufuhr von Nahrungsmitteln angewiesen. Daran hatte sich nichts verändert, v.a. vor dem Hintergrund der schlechten Ernteergebnisse in den Jahren 1945 bis 1947.

Die Zufuhr von Lebensmitteln aus anderen deutschen Gebieten, wie sie in den Denkschriften gefordert war, wurde natürlich durch die Aufteilung Deutschlands in Besatzungszonen verhindert, vor allem da die Franzosen die ihre recht hermetisch abschotteten. Sie dachten nicht daran, die Beschlüsse der Potsdamer Konferenz, zu der man sie nicht geladen hatte, umzusetzen und Deutschland als wirtschaftliche Einheit zu behandeln. General de Gaulle und weitere starke Kräfte in Frankreich wollten eine möglichst lange Besatzung in Deutschland aufrechterhalten. Sie besaßen eine nicht genau präzierte Vorstellung davon, einen rechtsrheinischen Glacis zu schaffen und das Ruhrgebiet zu internationalisieren. Bevor diese Pläne nicht umgesetzt waren, wollte man die Faustpfänder, die besetzten Gebiete, keinesfalls herausgeben und auch nicht in zu enge Bindung mit den restlichen Gebieten Deutschlands treten lassen. Inwieweit durch eine engere, zumindest die westlichen Zonen umfassende Zusammenarbeit die Versorgungslage in Freiburg in den ersten Nachkriegsjahren hätte verbessert können, bleibt im Bereich der Spekulation. Tatsache ist, dass in den Jahren 1945 und 1946 die Versorgungslage in den meisten Ländern Europas angespannt und die Weltgetreideproduktion weit unter den Bedarf gesunken war. Das sollte sich erst ab dem Jahre 1947 ändern und mit Verzögerung auch in Deutschland bemerkbar machen.

Zu erwähnen ist auch, dass die Versorgung der deutschen Bevölkerung durch die Lebensmittel-Requisitionen der französischen Militärs, die offiziell erst am 30. September 1948 eingestellt wurden, beeinträchtigt war. Nach seriösen Schätzungen wurden rein quantitativ etwa 5-15% der vorhandenen Nahrungsmittel durch die französische Armee entnommen.³⁹ Die regionalen Ungleichheiten und die qualitativen Einbußen wogen dabei besonders schwer.

Wägt man die genannten Faktoren gegeneinander ab, so fällt es nicht leicht, eindeutige Schuldzuweisungen vorzunehmen. Es ist aber festzuhalten, dass die Franzosen sich nie als "Treuhand des Reiches" gesehen und folglich nicht immer treuhänderisch gehandelt haben. Die Situation hätte sich trotzdem **nur dann** entscheidend verbessern lassen, wenn alle Seiten gemeinsam an einem Strang gezogen

³⁹ ROTHENBERGER 1980 (wie Anm. 4), S.144 spricht von etwa 5%, BOSCH 1988, S.88 von 10-15%. (MANFRED BOSCH, Der Neubeginn. Aus deutscher Nachkriegszeit. Südbaden 1945-1950. Konstanz 1988.)

hätten. Doch für eine solche Verständigung war die Zeit bei weitem noch nicht reif. Die Streitigkeiten zwischen deutschen und französischen Stellen hielten weiter an. Damit dürfte klar geworden sein, dass die Eingangsfragestellung - die Ernährungslage: eine rein soziale Problematik oder auch ein deutsch-französisches Politikum - eine rein rhetorische ist.

Am 27. März 1946 und, nachdem er keine Antwort erhalten hatte, nochmals am 25. April wandte sich Oberbürgermeister Hoffmann an die Militärregierung und erneuerte seine Appelle.⁴⁰ Positive Reaktionen, wie es sie noch nach den Denkschriften vom August 1945 gegeben hatte, erfolgten nun nicht mehr. Nachdem die Ernte des Jahres 1946 die Lage etwas entspannt hatte, brachte der Winter 1946/47 einen neuen Tiefstand in der Versorgung. Im Januar 1947 wurde wieder die 1000-Kalorien-Grenze unterschritten. Oberbürgermeister Hoffmann versuchte daher noch einmal, auf die französische Besatzungsmacht Einfluss zu nehmen. Unterstützt durch einen Beschluss des Stadtrates vom 11. Februar 1947 sendete Hoffmann noch am gleichen Tage ein erneutes Memorandum, die Notlage der Stadt Freiburg betreffend, an die Franzosen.⁴¹ Wie unterschiedlich die Positionen inzwischen waren, zeigt die recht zynische und sarkastische Antwort darauf am 19. Februar durch den Chef du Gouvernement de Fribourg, Lt. Colonel Marcellin:

"Ohne in das Detail einzutreten, glaube ich, dass ihr Bericht ausserordentlich pessimistisch ist, und dass die Lage, - wenn auch ernst, - nicht so verzweifelt ist, wie Sie sie gerne bezeichnen wollen.

...Ich möchte nicht Bezug nehmen auf die bedeutende Zahl der organisierten Bälle gelegentlich des Carnevals. Für die Abende 16., 17. und 18. Februar sind mehr als 40 Genehmigungen für öffentliche Feste oder auf Einladungen durch die Stellen der deutschen Polizei genehmigt worden, ohne Zweifel mit Ihrer Zustimmung, da ja die Vorschriften der Note Nr.4.171/C vom 28. Oktober 1946 bestimmt, dass es Sache der Bürgermeister ist, die Genehmigungen für öffentliche Tanzveranstaltungen zu geben oder zu verweigern. Ich will auch nicht Bezug nehmen auf die zahlreichen Privatvergütungen, bei denen weder Nahrung noch Getränke gefehlt haben."⁴²

⁴⁰ ErzBAF Nb 8/63. Schreiben von Hoffmann an Monteux vom 27. März und 25. April 1946.

⁴¹ UAF B 1/4418. Memorandum von Hoffmann vom 11. Februar 1947.

⁴² UAF B 1/4418. Schreiben von Marcellin an Hoffmann vom 19. Februar 1947.